



Gerstungen, 24.11.2015

K+S – Laugenabfallentsorgung

Es ist sehr eng geworden und war lange überfällig, dass sich das Regierungspräsidium Kassel als zuständige Genehmigungsbehörde nicht nur mit den Interessen der hessischen Politik und der Kaliindustrie, sondern tatsächlich auch mit der bundesdeutschen und europäischen Gesetzgebung auseinandergesetzt hat. Nur so kann man den Aufschub und die voraussichtliche Versagung des Regierungspräsidiums zur beantragten „NEUEN LETZTEN VERSENKGENEHMIGUNG“ deuten.

Jede neuerliche Versenkung von Salzabwasser führt unweigerlich zu einer weiteren Verschlechterung des Grundwassers und verstößt somit eindeutig gegen die Europäische Wasserrahmenrichtlinie. Dazu braucht man kein 3D-Modell, sondern eigentlich nur eine naturwissenschaftliche Allgemeinbildung oder einfach die Fähigkeit bis drei zählen zu können. Die für dieses Modell festgelegten Parameter werden auch in Zukunft keine verlässliche Prognose zur Gefährdung/Beeinflussung von Grund- und Trinkwasser geben können, auch wenn man noch Jahre „BASTELT“, bis endlich ein Ergebnis ins politische Bild passt.

Rund 90 Jahre Versenktätigkeit dokumentieren uns ein ganz anderes, aber realistisches Bild von unzählig vielen Schäden zum Nachteil der Allgemeinheit (siehe www.wasser-in-not.de).

Die Gemeinde Gerstungen hat bereits seit dem Jahr 2010 vehement darauf hingewiesen, dass die Versenkung von Abfalllauge kein zukunftssicherer Entsorgungsweg sein kann und das Unternehmen gezwungen ist, alternative Aufbereitungs- und Entsorgungsverfahren durch Anwendung von Technologien nach dem Stand der Technik zu realisieren.

Leider haben sich dem nicht nur das Management von K+S, Arbeitnehmervertreter, sondern auch die Hessische Umweltministerin Frau Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) verweigert. Mit dem in Aussicht gestellten 4-Phasen-Plan hat sie Alternativen blockiert und somit der Belegschaft in Bezug auf die Arbeitsplatzsicherung einen Bärendienst erwiesen.

Respekt ist dem Regierungspräsidium und den dort tätigen verantwortlichen Mitarbeitern zu zollen, die trotz des immensen politischen Drucks bei diesem Verfahren für einen offensichtlich nicht genehmigungsfähigen Antrag an Recht und Gesetz festgehalten haben – VORERST?!

Für die Gemeinde Gerstungen bedeutet der jetzige Aufschub keinesfalls einen Erfolg in der juristischen Auseinandersetzung zur Laugenentsorgung. Es ist jedoch mehr als ein Achtungszeichen, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann.

Wir verbinden mit der jetzigen Entscheidung des Regierungspräsidiums Kassel die Hoffnung, dass sich K+S in Zukunft nicht nur auf die drei bisherigen Entsorgungspfade - Einleitung in die Werra, Aufhaldung und Versenkung - stützt, sondern doch noch einen Plan B nach dem Stand der Technik realisieren kann, der Unternehmen und Arbeitnehmern eine sichere Zukunft garantiert.

Als Wasserversorger werden wir auch zukünftig alles in unserer Macht Stehende unternehmen, damit das noch nutzbare Trinkwasser im Werratal kostengünstig von unseren Bürgern genutzt werden kann. Das geht aber nur ohne Laugenversenkung.

Werner Hartung
Bürgermeister